

Haushaltsrede 2026 des Finanzbürgermeisters Michael Hanus

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Kessing,
sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

„Bürgermeister warnen vor finziellem Kollaps“, so titelte die Bietigheimer Zeitung am vergangenen Donnerstag, 30. Oktober 2025. In einem Brandbrief an Bundeskanzler Merz schlagen die Rathaus-Chefs aller deutscher Landeshauptstädte Alarm und fordern mehr Unterstützung vom Bund.

„Die Schere zwischen kommunalen Einnahmen und Ausgaben öffnet sich immer weiter“, heißt es in dem Schreiben. Allein 2024 lag das kommunale Finanzierungsdefizit bei 24,8 Milliarden Euro, was der höchste Wert seit 1990 sei.

Gründe dafür sind steigende Kosten im Sozialen, insbesondere bei Sozial-, Kinder- und Jugend- sowie Eingliederungshilfen. Außerdem schlagen wachsende Personalkosten infolge von Tarifsteigerungen und weiterer Aufgaben zu Buche. Auch auf die Unterfinanzierung von Krankenhäusern wird hingewiesen.

In dem Schreiben fordern die Bürgermeister eine Neuordnung der kommunalen Finanzausstattung, die bei Aufgabenübertragung an Kommunen auch von vornherein eine vollständige und angemessene Kompensation vorsieht. Dies sollte auch für Beschlüsse der Vergangenheit nachgeholt werden. „Wer bestellt hat, ohne zu bezahlen, muss dies nachholen“, so die Forderung.

Zu dieser besonderen Situation der Städte und Gemeinden hat sich auch der Präsident des Gemeindetags Baden-Württemberg Steffen Jäger im Namen der 1.065 Mitgliedsstädte und –gemeinden in einem offenen Brief Anfang Oktober an die Bürger in Baden-Württemberg gewandt.

Jäger macht darin die besondere Situation deutlich, dass die Haushalte der Städte und Gemeinden zunehmend unter Druck gerieten, während die staatlichen Leistungsversprechen immer weiter stiegen. Das führe dazu, dass die Pflichtaufgaben wie der Ausbau der Kinderbetreuung oder der Ausbau der Ganztageesschulen kaum noch aus eigener Kraft zu stemmen ist.

Deshalb braucht es eine ehrliche, gesamtstaatliche Reform. „Wir brauchen eine Aufgaben- und Standardkritik, die den Mut hat, Prioritäten zu setzen. Und wir brauchen die Bereitschaft, neu zu fragen: Was kann und muss der Staat leisten – und was kann er nicht mehr leisten, ohne sich selbst zu überfordern“ so Jäger.

Die aktuelle Steuerschätzung bestätigt diese Entwicklung eindrucksvoll. 2025 fehlen den Kommunen in Baden-Württemberg Gewerbesteuer von rund 400 Millionen Euro, 2026 rund 600 Millionen Euro, bis 2029 summieren sich die Mindereinnahmen bei der Gewerbesteuer auf insgesamt rund 3,2 Milliarden Euro.

Damit wächst die strukturelle Unterdeckung. Bereits 2025 beträgt die Unterdeckung in unserem Ergebnishaushalt -11,5 Millionen Euro und in 2026 wächst das Defizit auf -14,9 Millionen Euro an. Anstatt zumindest die Abschreibungen in Höhe von rund 7 Millionen Euro für Investitionen zu erwirtschaften, fehlen uns 14,9 Millionen Euro im laufenden Betrieb.

Welche Investitionen können wir uns noch leisten – bei Schulen, Kitas, Sporthallen, Klimaschutz?

Welche Standards können wir aufrechterhalten – bei Öffnungszeiten, Vereinsförderung oder Bibliotheken?

Die Ursachen lassen sich klar benennen:

1. Steigende Personal-, Sach- und Sozialkosten
2. Stagnierende Einnahmen – insbesondere bei der Gewerbesteuer
3. Neue Aufgaben und gesetzliche Standards ohne ausreichende Finanzierung
4. Eine stetig steigende Kreisumlage
5. Notwendige Investitionen, die nicht aus Überschüssen des Ergebnishaushalts finanziert werden können

Um dieser weiter aufgehenden Schere von Ausgaben und Einnahmen zu begegnen, hat die Verwaltung im Frühjahr 2025 dem Gemeinderat in einer Klausurtagung mögliche Konsolidierungsmaßnahmen vorgeschlagen, die bereits zum Teil in Gemeinderatsbeschlüssen gefasst wurden und auch im Nachtrag 2025 und im Haushaltsentwurf für 2026 eingeflossen sind. Diese Aufgabe der Konsolidierung wird eine Daueraufgabe bleiben, bis der Haushalt wieder ausgeglichen ist und einen Finanzierungsbeitrag für die Investitionen leisten kann. Aus meiner Sicht darf es hier keine Tabus geben.

Dabei geht es um die Kernfragen:

Wie können wir unsere Handlungsfähigkeit sichern?

Wie können wir die Qualität der Daseinsvorsorge gewährleisten?

Wo können und müssen wir priorisieren, um die Herausforderung anzugehen?

Unser Ergebnishaushalt mit Aufwendungen von 179,1 Millionen Euro zu Erträgen von 164,2 Millionen Euro ist trotz erster beschlossener Konsolidierungsmaßnahmen in Schräglage. Das sich daraus ergebende Defizit von 14,9 Millionen Euro ist insbesondere auf exorbitante Steigerungsraten beim Personalaufwand zurückzuführen.

Dieser Personalaufwand steigt aufgrund von Tarifsteigerungen und weiteren Stellen im Bereich der Kinderbetreuung von 54,1 Millionen Euro auf 58,9 Millionen Euro. Im Zweijahresvergleich von 2024 auf 2026 ergibt sich sogar eine Steigerung von rund 10 Millionen Euro oder +20 %.

Die Aufwendungen für die Bildung und Betreuung in unseren Kitas haben 2014 noch 11,6 Millionen Euro betragen. Finanziert wurden diese Aufwendungen durch 1,5 Millionen Euro Elternbeiträge (rund 13 % der Aufwendungen) und 3,2 Millionen Euro Landeszuschüsse (28 % der Aufwendungen). Rund 6,7 Millionen Euro wurden direkt von der Stadt aus Steuermitteln getragen (58 % der Aufwendungen). Im Planjahr 2026 haben sich die Aufwendungen innerhalb von 12 Jahren mehr als verdreifacht. Die Gesamtaufwendungen werden rund 38,4 Millionen Euro betragen. Die Elternbeiträge werden 3,4 Millionen Euro davon abdecken (9 % der Aufwendungen), die Landeszuschüsse betragen rund 8,2 Millionen Euro (21 % der Aufwendungen). Die Stadt wird aus Steuermitteln direkt 26,0 Millionen Euro (68% der Aufwendungen) übernehmen, das ist viermal so viel wie vor 12 Jahren. Insgesamt werden 2026 rund 2.100 Kinder in unseren Kindertageseinrichtungen betreut werden.

Nun komme ich zu den Investitionen. In 2026 leistet der Ergebnishaushalt keinen Beitrag für die investiven Ausgaben des Finanzhaushalts, wie bereits auch im Vorjahr. Daher muss hier auf Liquidität aus den Vorjahren zurückgegriffen werden.

Allein für die Ertüchtigung des Feuerwehrstandorts Bietigheim brauchen wir 4 Millionen Euro in 2026 und 6 Millionen für die Erweiterung des Realschulgebäudes in Bissingen. Beide Maßnahmen binden auch in den nächsten beiden Jahren weitere investive Mittel.

Für die städtische Holding ist eine Kapitalrückführung in Höhe von 6 Millionen Euro geplant.

Die Investitionsansätze für die Sanierung des Rathauses Bissingen, für das Funktionsgebäude im Sportpark Ellental, den Radweg in der Holzgartenstraße und die Herstellung der Grünanlage in der Wobachstraße sind mit einem Sperrvermerk versehen.

Das aktuelle Hilfspaket des Landes mit 8,75 Milliarden Euro aus dem Bundes-Sondervermögen für alle Kommunen in Baden-Württemberg für die nächsten zehn Jahre, zusätzliche Mittel in 2025 und 2026 aus dem Finanzausgleich, Entlastungen bei Inklusion, Schulbegleitung und Ganztagsbetreuung verschaffen Luft und stabilisieren die

Lage. Aber auch diese Hilfen sind endlich und ändern nichts an der strukturellen Unterfinanzierung unseres Haushalts.

An dieser Stelle bedanke ich mich bei Herrn Dörr sowie dem gesamten Haushaltsteam der Stadtkämmerei für die gewissenhafte und engagierte Aufstellung des Haushaltsplans.

Der Haushaltsplanentwurf wird in folgenden Schritten weiter beraten werden:

- 11.11.2025 Erläuterung des Ergebnishaushalts im Verwaltungs- und Finanzausschuss
- 13.11.2025 Erläuterung der Investitionen des Finanzhaushalts im Technischen Ausschuss
- 19.11.2025 Abgabefrist der Haushaltsanträge für die Fraktionen
- 01.12.2025 Nachreichung der Wirtschaftspläne der Beteiligungsunternehmen
- 09.12.2025 Verabschiedung der Haushaltssatzung 2026 im Gemeinderat

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!